

liehen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe freier, gleichberechtigter und souveräner Staaten. Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten gestalten sich planmäßig. Eine wichtige Grundlage dafür ist die sozialistische internationale —\*• *Arbeitsteilung*. Der größte Teil des Warenumsatzes wird durch langfristige Handels- und Zahlungsabkommen geregelt, die mit den Plänen zur Entwicklung der Volkswirtschaften der einzelnen Länder in Übereinstimmung stehen. Das —\*■ *Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW* dient der weiteren Entwicklung des sozialistischen W. Die Mitgliedsländer des RGW erreichten 1981 einen Außenhandelsumsatz von mehr als 255 Md. Rubel (darunter 140 Md. Rubel Außenhandelsumsatz untereinander). Entwickelte Außenhandelsbeziehungen der Mitgliedsländer des RGW untereinander sind ein wesentliches Merkmal der —\*■ *sozialistischen ökonomischen Integration*. Die DDR wickelt rund 67 Prozent ihres Außenhandels mit sozialistischen Staaten ab. Die schnelle Erweiterung des Warenumsatzes auf dem sozialistischen W., insbesondere durch Spezialisierung und Kooperation, schließt die Entwicklung der Handelsbeziehungen zu kapitalistischen Ländern auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils nicht aus. Die sozialistischen Staaten sind bemüht, diesen Handel planmäßig auszubauen, um Vorteile des internationalen Austauschs zu realisieren und die Politik der —► *friedlichen Koexistenz* von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ökonomisch zu untermauern. Die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten sollen dem gegenseitigen Vorteil

und dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen. In den Beschlüssen der KPdSU werden sie als Teil der Materialisierung der Entspannung gekennzeichnet. Der Welthandel ist natürlich neben objektiven auch von subjektiven Einflüssen abhängig und wird häufig durch gegensätzliche Interessen erschwert. Kapitalistische Staaten und Monopole versuchen von Zeit zu Zeit, ihre alleinigen Interessen durchzusetzen und die Interessen ihrer Geschäftspartner zu verletzen. Das beeinträchtigt den Handel und hat keine Perspektive, denn die Zukunft des Welthandels beruht auf der Einhaltung abgeschlossener Verträge, die die Interessen aller Partner widerspiegeln. Zu Beginn der 80er Jahre versuchte der USA-Imperialismus, im Gefolge seiner Droh- und Boykottpolitik mit Kreditrestriktionen, Embargolisten und völkerrechtswidrigen Vertragsbrüchen den sozialistischen Aufbau in den Mitgliedsländern des RGW zu behindern. Solche Versuche, waren und sind erfolglos, sie schaden auch denen, die solche Maßnahmen auslösen. Die RGW-Länder beantworteten sie mit verstärkten gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung ihrer Folgen. Die sozialistischen Länder treten für die völlige Gleichberechtigung im Welthandel ein, kämpfen gegen Diskriminierung und andere Hindernisse, gegen alle Erscheinungsformen des Diktats und der Ausbeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Sie unterstützen insbesondere jene Entwicklungsländer, die einen sozialistischen Entwicklungsweg beschritten haben, durch günstige Handelsbedingungen. Der Konfrontationskurs des USA-Imperialismus zeigt erneut, wie wichtig der gemeinsame Kampf der sozialistischen Länder und der Entwicklungsländer für die demokratische Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen ist. —◀ *neue internationale Wirtschaftsordnung*